

Chile pflegt das Vergessen mehr als das Erinnern

Von Rodrigo Bustos Bottai, Geschäftsführer, und Viviana Cáceres Draper, Nachforschungskoordinatorin von Amnesty International Chile

18.10.2025

Amnesty International in Chile bewahrt seit Jahrzehnten die Erinnerung mit einem klaren Ziel: Ohne sie wiederholt sich die Geschichte, ohne sie hat Straflosigkeit freie Bahn. Heute jährt sich zum sechsten Mal eine der schwersten Menschenrechtskrisen in der Geschichte Chiles nach der Pinochet-Diktatur, und wir beobachten mit Sorge, wie der Staat sich weiterhin seinen Pflichten und Verantwortlichkeiten entzieht, während die politischen Behörden Debatten zu diesem Thema weiterhin zum Schweigen bringen und sogar Leugnungsreden halten.

Am 18. Oktober 2019 erreichte die Unzufriedenheit der Bevölkerung ihren Höhepunkt und die gesellschaftliche Unzufriedenheit über Ungleichheit und mangelnde Würde entlud sich. Es war die Summe jahrzehntelanger Ungerechtigkeiten, die Millionen von Menschen dazu veranlasste, auf die Straße zu gehen, um ihre Rechte einzufordern: eine angemessene Rente, Wohnraum, Bildung und eine gute öffentliche Gesundheitsversorgung. Trotz der instrumentalisierten Vergessenheit, zu der uns bestimmte Kreise zwingen wollen, wissen wir, dass es viel mehr gab als Unruhen und Straftaten. Es waren Tage, in denen die Stimme erhoben wurde; Tage der Einheit, in denen die Bürgerbeteiligung, die Versammlungen in den Stadtvierteln und die Solidarität unter Nachbarn im Vordergrund standen. All dies war Teil der gesellschaftlichen Bewegung, die wir nicht vergessen dürfen, zumal im globalen Kontext das Protestieren für diejenigen, die von ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen, immer riskanter wird.

Die Behörden reagierten mit gewaltsamer Unterdrückung und Kriminalisierung der gesellschaftlichen Proteste, unter anderem durch exzessive Gewaltanwendung und andere schwere Menschenrechtsverletzungen. In diesen Tagen wurden 10.142 Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft erstattet, von denen bis Ende August nur 67 zu Verurteilungen führten. Das bedeutet, dass in 99 % der Fälle kein Urteil gefällt wurde. Es ist hervorzuheben, dass infolge der sozialen Unruhen mindestens acht Menschen ums Leben gekommen sind, mehr als 400 Menschen Augenverletzungen erlitten haben und es zu zahlreichen Schlägen, unmenschlicher Behandlung und sexueller Gewalt gekommen ist. All dies geschah in Chile, auch wenn einige dies verschleiern, verdrehen oder sogar vergessen wollen.

Amnesty International hat in seinem Bericht „Ojos sobre Chile“ (Augen auf Chile) zahlreiche Empfehlungen ausgesprochen, darunter: die dringende und notwendige Strukturreform der Polizeikräfte, die öffentliche Anerkennung der Schwere der Menschenrechtsverletzungen und der Verbrechen gegen das Völkerrecht, die während der Krise begangen wurden, sowie die Notwendigkeit, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Opfern Wiedergutmachung zu leisten und zu verhindern, dass

sich die in diesem Bericht analysierten Vorfälle wiederholen. Leider wurden in diesen Bereichen kaum oder gar keine Fortschritte erzielt.

Die Reform der Polizeikräfte ist die Grundlage dafür, dass sich solche brutalen und schwerwiegenden Vorfälle nicht wiederholen; sie ist eine Garantie für Verbesserungen im Umgang mit künftigen Situationen, die die öffentliche Ordnung gefährden. Aus den Vorfällen zu lernen und neue, bessere Vorgehensweisen einzuführen, sollte oberste Priorität haben. Die zu diesem Zweck eingerichtete Beratungskommission, an der Amnesty International beteiligt ist, ist jedoch ins Stocken geraten, kommt nur langsam voran und es fehlt ihr an einer Gesamtperspektive. Eine strukturelle Reform umfasst nicht nur punktuelle Menschenrechtskurse, sondern auch eine Änderung der militärischen Logik, die Überprüfung, Analyse und Aktualisierung von Protokollen und Handlungsweisen, eine angemessene und umfassende Ausbildung, Transparenz, Integrität und Rechenschaftspflicht. Sicherheit ist von grundlegender Bedeutung und darf nicht auf Kosten von Menschenleben gehen.

Andererseits wurde die öffentliche Anerkennung der schweren Menschenrechtsverletzungen, die während dieser Zeit begangen wurden, durch die Behörden mehrfach angegriffen und verfälscht, was den Opfern und ihren Familien, aber auch der gesamten Gesellschaft noch mehr Schaden zugefügt hat. Der Verlust des kollektiven Gedächtnisses schadet allen Bürgern und lässt Straflosigkeit zum Alltag werden. An diesem Jahrestag ist es wichtig, sich gegen die Instrumentalisierung des Vergessens zu wehren.

Zu den Empfehlungen gehörte auch eine umfassende Untersuchung der Befehlskette der Polizeikräfte. Erfreulicherweise war der Beginn des Gerichtsverfahrens gegen die ehemaligen Generäle Mario Rozas, Ricardo Yáñez und Diego Olate – die damaligen höchsten Vertreter der Polizeikräfte – im Oktober 2024, das mit der Anklage wegen unterlassener Hilfeleistung begann, ein historischer Moment für Chile und die Region, der die vorherrschende Straflosigkeit verändern könnte. Dieses Verfahren befindet sich noch in der Ermittlungsphase, und wir hoffen, dass es zu Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Garantien für die Nichtwiederholung führen wird.

Abschließend lässt sich sagen, dass die derzeitige chilenische Regierung [Anm.: der Originaltext bezieht sich auf die Regierung Boric] in diesen Fragen völlig im Rückstand ist. Es ist dringend notwendig, eine umfassende öffentliche Wiedergutmachungspolitik auf den Weg zu bringen. Das Leben vieler Menschen hängt davon ab. Und es ist geradezu eine Verpflichtung des Staates, sich gemäß den internationalen Menschenrechtsstandards darum zu kümmern. Wir von Amnesty International hoffen, dass vor Ablauf der Amtszeit [im März 2026] einige Maßnahmen in diese Richtung ergriffen werden, denn wenn die notwendigen Schritte nicht unternommen werden, laufen wir Gefahr, denselben Fehler zu wiederholen. Das darf nicht erneut geschehen.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:
<https://amnistia.cl/en-chile-se-practica-mas-el-olvido-que-la-memoria/>